

Eine französische Stiftungsinitiative

Frankreichs Kooperation mit den östlichen Beitrittsländern und die „Fondation France-Pologne“

JOHANNES THOMAS

Frankreich verfügt nicht über politische Stiftungen nach deutschem Muster. Zwar wurde Ende April 2004 eine „Fondation pour l'innovation politique“ durch die UMP ins Leben gerufen, aber sie soll erstens nicht mit staatlichen Geldern, sondern durch Sponsoren finanziert werden, und sie soll sich zweitens darauf beschränken, Beziehungen zwischen Partei und Intellektuellen zu institutionalisieren. Die Kooperation mit den Beitrittsländern, die sie auf dem Weg in die EU unterstützend begleiten und zugleich ihre Bindung an Frankreich stärken sollte, lag jedoch allein beim französischen Staat. Das hat die Kooperation mit offiziellen oder auch zivilgesellschaftlichen Partnern allerdings keineswegs beeinträchtigt.

Auf der Website des Senats¹, welche die Kooperation bis Ende 2000 berücksichtigt, kann man die Erklärung lesen: „Die Erweiterung wird das Zentrum der Europäischen Union nach Osten verlagern und so Deutschland eine zentrale Bedeutung zuweisen, während Frankreich und die Mittelmeerländer etwas marginalisiert werden.“ (II. C) Diese Marginalisierung sei jedoch nicht unausweichliches Schicksal, sondern durchaus zu vermeiden: „Wenn Frankreich sich auch in keinem dieser Länder an die Stelle der deutschen und amerikanischen Einflüsse setzen

kann, so verfügt es doch über Trümpfe, die es dagegen ausspielen kann. Zunächst einmal kommt ihm sein bedeutendes Sympathiekapital zugute, insbesondere bei der Jugend. Sodann ist es auch wirtschaftlich sehr präsent, insbesondere in den Bereichen Hotellerie, Supermärkte und Banken. Schließlich wird Frankreich als notwendiges Gegengewicht gegenüber dem deutschen und dem amerikanischen Einfluss wahrgenommen. Zwar verleihen die geographische Lage mitten in 'Mitteleuropa' sowie seine wirtschaftliche Präsenz in Mittel- und Osteuropa Deutschland den Status eines privilegierten Partners. Die Beitrittskandidaten wünschen aber nicht, dass Deutschland in der erweiterten EU eine allzu dominierende Position einnimmt, insbesondere aus sehr gut begreiflichen historischen Gründen. Frankreich stellt also angesichts seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts, aber auch wegen seiner Geschichte und Kultur einen Partner dar, der ein Gegengewicht zu Deutschland bilden kann.“ (IV) Dass diese Einschätzung damals jedenfalls durchaus realistisch war, sah der Senat durch die Tatsache bestätigt, dass Polen, die Tschechische Republik und Slowenien einen Beobachterstatus innerhalb der internationalen Organisation der Frankophonie angenommen haben.

1 Quelle (auch für die folgenden Zitate): www.senat.fr/rap/roo-102/roo-1024.html, 27.5.2004.

Frankreich sieht im Übrigen in Deutschland keinen politisch wirklich ernst zu nehmenden Konkurrenten, sondern hält sich für das einzige europäische Land, das dazu befähigt und aufgerufen sei, eine Alternative zur amerikanischen Hegemonialmacht darzustellen: „In diesem Kontext [dem der NATO-Mitgliedschaft] drängt sich Frankreich aufgrund seiner Rüstungsindustrie und seines Rangs auf der internationalen Bühne als einzige Alternative zur amerikanischen Hegemonie auf.“ (IV)

Fondation France-Pologne

Für Polen als größtes Beitrittsland hat Frankreich zur Erleichterung der Kooperation zusätzlich eine Stiftung ins Leben gerufen, die „Fondation France-Pologne“ (FFP), die im Unterschied zur Warschauer Botschaft dezentral arbeiten und mögliches alle polnischen Woiwodschaften erreichen sollte. Sie wurde 1989 mit Mitteln des Schatzministeriums gegründet, um den Aufbau der Demokratie in Polen zu unterstützen und zugleich den Wissensaustausch auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Verwaltung zu fördern. Dabei war die FFP von Anfang an auch Ausdruck der Mobilisierungsbereitschaft der französischen Zivilgesellschaft, insbesondere der Kommunen, der Départements und der Regionen. Im Lauf der Jahre wurden die Zuweisungen an die Stiftung jedoch zurückgefahren zugunsten der über die Botschaft in Warschau zu verwaltem Mittel. Nachdem beide Instanzen 1995 noch etwa gleich viel Mittel für die Kooperation zur Verfügung hatten (Botschaft: 39 Millionen FF, Fondation France-Pologne: 40 Millionen FF), schrumpften die Mittel bis 2000 insbesondere für die Stiftung erheblich zusammen (Botschaft: 23,2 Millionen FF, Fondation France-Pologne: 12 Millionen).

Dennoch bleibt der Beitrag der Fondation zu engeren französisch-polnischen Koopera-

tionen eindrucksvoll. Die Prioritäten der Arbeit waren im Einzelnen: die Unterstützung der demokratischen Entwicklung auf der lokalen Ebene, die Weiterbildung der Abgeordneten, die Kooperationen und Partnerschaften zwischen einzelnen Kommunen und Gebietskörperschaften, Weiterbildung von technischem und Verwaltungspersonal, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft. Bis Ende 2003 gab es Partnerschaften zwischen insgesamt 61 französischen und polnischen Regionen, Départements beziehungsweise Woiwodschaften und Kommunen (in Frankreich unter anderem die Regionen Alsace, Île-de-France, Nord-Pas-de-Calais, Limousin, Poitou-Charentes, die Départements Deux-Sèvres, Côte d'Or, Hautes Pyrénées, Oise, Côte d'Armor, Corrèze, Nièvre, Aude, Doubs, Lot; in Polen unter anderem die Woiwodschaften Warschau, Krakau, Breslau, Stettin, Posen, Lodz, Kattowitz, Danzig). Insgesamt ist etwa die Hälfte der polnischen Woiwodschaften mit entsprechenden französischen Verwaltungseinheiten partnerschaftlich verbunden.

An Weiterbildungsveranstaltungen der FFP für die kommunale Selbstverwaltung haben 1 500 gewählte Ratsvertreter und 250 Verwaltungssekretäre teilgenommen. Zwecks Anschauungsunterricht vor Ort konnten 1 200 von 2 400 polnischen Bürgermeistern nach Frankreich reisen. 2 500 polnische Studierende und 1 000 Manager von Betrieben sind im Rahmen von 30 bilateralen Fort- und Weiterbildungsprogrammen der FFP auf anstehende Aufgaben im Gefolge des EU-Beitritts vorbereitet worden. Und schließlich fördert die FFP die Zusammenarbeit von universitären Einrichtungen in beiden Ländern, die insbesondere in bisher 14 Masterstudiengängen zu französischen Abschlussdiplomen führen und so der polnischen wie der französischen Wirtschaft jährlich etwa 400 zweisprachige Absolventen zur Verfügung stellen.